

Antenne Bayern erklimmt den Schwarzenstein

Privatradio erwirbt Option auf Sendung von 3300 Meter hohem Alpengipfel

Von Klaus Ott

München – Die Antenne Bayern, das landesweite Privatradio im Freistaat, hat sich eine vertragliche Option auf eine Ausstrahlung ihres Programms von einem Südtiroler Alpengipfel gesichert. Laut einer in der Öffentlichkeit bislang unbekanntenen Vereinbarung zwischen der Antenne Bayern sowie dem Kaufmann und Radiotechniker Roland Huber aus Bozen vom 12. April 1990 ist daran gedacht, das Programm auf der UKW-Frequenz 101,3 MHz vom 3300 Meter hohen Schwarzenstein in den Äther zu schicken. Huber besitzt auf dem Schwarzenstein, der auf italienischem Boden liegt, eine Sendeanlage zur Ausstrahlung kommerzieller Hörfunkprogramme.

Empfang gestört

Vom Schwarzenstein aus könnte die Antenne Teile Norditaliens und Österreichs sowie den Süden Bayerns erreichen und damit ihre Hörerschaft wesentlich vergrößern. Das gilt vor allem für den deutschen Unruherstrom über den Brenner hinweg nach Italien. Die Frequenz 101,3 MHz ist

der Antenne Bayern von der Bundespost und der bayerischen Landesmedienzentrale offiziell zugeteilt worden, allerdings zur Nutzung auf dem Münchner Olympiapark und nicht auf einem Alpengipfel in Südtirol.

Um diese Frequenz hatten sich Roland Huber und die Antenne Bayern noch vor zwei Jahren heftig gestritten. Huber strahlte damals auf dem Schwarzenstein das Programm des privaten Radio Südtirol 1 über die 101,3 MHz aus, was dazu führte, daß die im Großraum München auf der gleichen Frequenz sendende Antenne Bayern erhebliche Empfangsstörungen hinnehmen mußte. Das änderte sich erst Ende August 1989, als Hubers Sendeanlage auf dem Schwarzenstein plötzlich in Flammen aufging, wofür die Münchner Staatsanwaltschaft, wie berichtet, einen damaligen technischen Mitarbeiter der Antenne Bayern verantwortlich macht. Der Mitarbeiter muß nach einigen Verhandlungstagen beim Amtsgericht Miesbach demnächst auf der Anklagebank der Großen Strafkammer beim Landgericht München II Platz neh-

men. Zu dem Miesbacher Justizverfahren hatte die Antenne per Presseerklärung mitgeteilt, sie habe niemandem „Weisung oder Auftrag für ungesetzliches Handeln“ erteilt, sondern den Frequenzstreit mit Huber im Wege einer „gütlichen Einigung“ beigelegt. Über den Inhalt der Einigung verlor das bayerische Privatradio kein Wort. Aus der nun bekanntgewordenen Vereinbarung vom 12. April 1990 geht hervor, daß die Antenne dem Bozener Kaufmann einen „einmaligen Zuschuß“ von 24 000 Mark zusagte, damit auf der Frequenz 101,3 vom Schwarzenstein aus kein konkurrierendes Radioprogramm in den Äther geschickt wird.

„Einige Handgriffe“

Zahlbar sind die 24 000 Mark in drei Raten bis 1992, sofern sich Huber an die Vereinbarung hält. Den Zuschuß begründete die Antenne Bayern mit Hubers „Kostenaufwand“ bei der Frequenzumstellung. Gegenüber der SZ erläuterte der Bozener Radiotechniker allerdings, die Umstellung sei innerhalb weniger Minuten mit einigen Handgriffen erledigt gewesen.

In der Vereinbarung heißt es weiter, Huber und die Antenne Bayern hätten festgelegt, das Programm der Antenne künftig über die Frequenz 101,3 vom Schwarzenstein auszustrahlen. Wegen der „zu hohen damit verbundenen Kosten“ verzichte man aber „derzeit“ auf diese Maßnahme. Die abschließende Option der Antenne Bayern auf den Schwarzenstein hat folgenden Wortlaut: „Sobald eine Reduzierung der für die Nutzung des Senders Schwarzenstein anfallenden Kosten in einem Bereich eintritt, der mit den von der Deutschen Bundespost erhobenen Gebühren für ähnliche Sendeanlagen vergleichbar ist, werden die Parteien neu über die Möglichkeit der Nutzung des Senders Schwarzenstein zur Ausstrahlung von Antenne Bayern verhandeln.“

Schule und Wirtschaft in einem Boot

Bildungswege nach Europa

Lehrerverband und Staatsregierung koordinieren Aktivitäten

München (SZ) – „Der rasante Strukturwandel in Industrie, Handel und Handwerk und seine europäische Dimension erfordern die gezielte Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft.“ Darin waren sich bei einem ausführlichen Gespräch Wirtschaftsminister August Lang und der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrinnenverbandes (BLLV) Albin Dannhäuser einig.

Lang verwies dabei nach Angaben des BLLV auf den großen Qualifikationsbedarf innerhalb der Europäischen Gemeinschaft: „Bayern hat in Europa eine wirtschaftliche Brückenfunktion. Unser Ziel ist unter anderem die Sicherung des hohen Ausbildungsstandards unserer Facharbeiter. Gleichwohl ist eine breite Allgemeinbildung das entscheidende Fundament für eine permanente berufliche Fort- und Weiterbildung.“ BLLV-Präsident Dannhäuser setzte sich ein für die Leistungsfähigkeit und Attraktivität aller allgemeinbildenden Schulen im Blick auf das Berufs- und Arbeitsleben. Es bedürfe einer verstärkten und überzeugenden Information über die vielfältigen Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb des beruflichen Bildungsweges: „Der berufliche Bildungsweg ist bei der Schullaufbahn-Entscheidung weder zweite Wahl noch eine Sackgasse; er eröffnet vielmehr eine Fülle von Chancen.“

Lang und Dannhäuser stimmten darin

überein, daß eine wirkliche Gleichwertigkeit von beruflichen und allgemeinbildenden Bildungswegen noch nicht erreicht sei. Der anhaltende Andrang der Jugendlichen an den Universitäten drohe über kurz oder lang zu einem eklatanten Mangel im Bereich der Facharbeiter und zu einem Übergang an Akademikern zu führen. Der BLLV-Präsident begrüßte in diesem Zusammenhang den Vorschlag von Kultusminister Zehetmair, den „qualifizierten beruflichen Bildungsabschluß“ (Quabi) mit dem mittleren Schulabschluß gleichzusetzen.

Wirtschaftsminister Lang verwies auf die derzeit guten Chancen von Hauptschulabgängern bei der Lehrstellensuche. Allein im Handwerk könnten derzeit bei einem Angebot von 100 000 Lehrstellen 35 000 Plätze nicht besetzt werden. Auch im Einzelhandel hätten Hauptschüler gute Möglichkeiten. Mit Sorge beobachte der BLLV allerdings, daß der Anteil der Auszubildenden mit Hauptschulabschluß im Bereich von Industrie und Handel drastisch zurückgegangen sei. 1982 seien es noch 37,4 Prozent gewesen, 1989 nur noch 26,8 Prozent. Auch zeigte sich Dannhäuser enttäuscht darüber, daß die Arbeitsmöglichkeiten der Hauptschüler im Öffentlichen Dienst ständig sinken. So kämen nur noch 7,7 Prozent der Auszubildenden im Öffentlichen Dienst von der Hauptschule.

Kendlmühlfilzen sollen unter Naturschutz

München (dpa) – Nach dem lange umkämpften Geigelstein müßten nun auch die ebenso umstrittenen Kendlmühlfilzen am Chiemsee und die Loisach-Kochelsee-Moore unter Naturschutz gestellt werden, verlangt die FDP im Landtag. Deren umweltpolitischer Sprecher Wolf-Dietrich Großer erinnerte am Freitag an den mehr als zehn Jahre währenden Kampf für den Naturschutz am „schönsten Blumenberg“ im Chiemgau. Alle Versuche, auf dem Geigelstein einen Skizirkus einzurichten, dürften nun mit der ab 1. Juni 1991 geltenden Schutzvorschrift vom Tisch sein, meinte Großer. Die FDP wünscht sich nun, daß die Regierung von Oberbayern auch noch weitere schutzwürdige Gebiete unter Naturschutz stellt.